

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Bundesgasse 3
3003 Bern

Bern, 5. April 2017 / YB
VL Teilrevision WPEG

Teilrevision des Bundesgesetzes über die Wehrpflichtersatzabgabe Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung der oben genannten Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

Unter Vorbehalt der Antworten zu den spezifischen Fragen heisst FDP.Die Liberalen die vorgeschlagenen Neuregelungen im Zusammenhang mit der Wehrpflichtersatzabgabe (WPE) gut. Die FDP begrüsst, dass die WPE nicht mehr automatisch mit dem 20. Altersjahr einsetzen soll, sondern erst nachdem die RS absolviert wurde. Mit der vorgeschlagenen Regelung entfällt die Ersatzpflicht für das Verschieben der RS und wird erst für verschobene Wiederholungskurse nach absolvierter RS fällig. Damit werden diejenigen, die zwar Militärdienst leisten wollen, aber aus guten Gründen erst zu einem späteren Zeitpunkt in die RS einrücken können, nicht bestraft. Zudem wird damit die Flexibilisierung des Systems, das mit der WEA beschlossen wurde, auf der finanziellen Seite nachvollzogen. Das Milizsystem wird mit dieser Flexibilisierung gestärkt, indem den geänderten Rahmenbedingungen in Bildung, Wirtschaft und Gesellschaft Rechnung getragen wird. Ferner befürwortet die FDP die Angleichung der Ersatzpflichtdauer an die Dauer der Militär- bzw. Zivildienstpflicht.

Beantwortung der spezifischen Fragen:

- Frage 1: Eine einmalige Abschluss-Wehrpflichtersatzabgabe ist aus verwaltungsökonomischen Gründen prüfenswert. Jedoch darf eine solche Regelung nicht dazu führen, dass sich Dienstpflichtige, die noch nicht alle Dienstage geleistet haben, freikaufen können. Im Vordergrund muss klar die Erfüllung der gesamten Anzahl Dienstage stehen.
- Fragen 2 und 3: Die Erhöhung sowohl der Mindestabgabe von 400 auf 1000 Franken wie auch des Ansatzes von 3 auf 4% des Reineinkommens wird eher abgelehnt. Anstatt negative-WPE-Anreize zu setzen, erachtet es die FDP als zielführender, die Attraktivität des Militärdienstes mit positiven Anreizen zu erhöhen. Die FDP teilt zwar das Ziel, das der Erhöhung zugrunde liegt – nämlich die Verbesserung der Dienstquote. Jedoch sollte die Erhöhung der Abgabe eine *ultima ratio*-Lösung darstellen.
- Frage 4: Der Einzug der Schriften erscheint als eher restriktive Sanktion, deren Vollzug mit erheblichem bürokratischem Aufwand verbunden ist. Eine derartige Massnahme muss in einem positiven Verhältnis zum Nutzen stehen. Da seit 2012 erst in zwei Fällen eine Schriftsperre verfügt wurde, stellt sich die Frage, wie gross sich die Problematik der nicht bezahlten Wehrpflichtersatzabgabe darstellt. Gegebenenfalls sind andere Sanktionsmassnahmen, die einfacher vollzogen werden können, zu prüfen.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Argumente.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen
Die Präsidentin

Handwritten signature of Petra Gössi in black ink.

Petra Gössi
Nationalrätin

Der Generalsekretär

Handwritten signature of Samuel Lanz in black ink.

Samuel Lanz